

12.12.2013 – PM 116/2013

Verschlechterung der EU-Durchsetzungsrichtlinie

## IG BAU warnt vor Raubbau an Arbeiterrechten in der EU

**Frankfurt am Main** - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) lehnt den Vorschlag der EU-Sozialminister zur Durchsetzungsrichtlinie zur Entsenderichtlinie entschieden ab. Der EU-Rat hatte in dieser Woche über eine Kompromissfassung der Richtlinie verhandelt. Die nun vorliegende Lösung verschlechtert die Durchsetzung und Kontrolle der Entsenderegeln zum Nachteil der Arbeitnehmer. Die IG BAU hat gemeinsam mit ihren Tarifpartnern, den zentralen Arbeitgeberverbänden der Bauwirtschaft, stets betont, dass der Entwurf einen schwerwiegenden Angriff auf Arbeitnehmerrechte und den fairen Wettbewerb darstellt. So sollen Kontrollen von Entsendefirmen stark eingeschränkt werden. Dies stellt einen Anreiz zum Missbrauch dar, denn das Entdeckungs- und Sanktionsrisiko von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung wird so deutlich verringert. Gleichzeitig birgt der EU-Vorschlag die Gefahr, dass das bewährte deutsche System der Haftung des Generalunternehmers für Verstöße seiner Subunternehmer aufgeweicht wird. So sollen um Urlaub und Sozialbeiträge geprellte Arbeiter künftig selbst langwierige Rechtsstreitigkeiten darüber ausfechten. Bisher konnten solche Ansprüche durch die Sozialkassen für sie geltend gemacht werden. Die Betroffenen werden das selbst kaum können, also haben es Beitragshinterzieher künftig leichter. Eine Richtlinie zur angeblichen Verbesserung der Bekämpfung von Missbräuchen bei grenzüberschreitenden Werkverträgen bewirkt also das glatte Gegenteil.

„Der Nutzen der EU wird für die Arbeitnehmer immer schwerer erkennbar. Immer öfter werden ihre Schutzrechte in Brüssel geschliffen, so auch hier. Dies dann auch noch als Verbesserung des Schutzes auszugeben, ist blanker Zynismus und Verhöhnung der Opfer. Es droht die Gefahr, dass die EU zum Werkzeug der skrupellosen Ausbeuter und Geschäftemacher umgeschmiedet wird“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers. „Dieser arbeitnehmerfeindlichen Politik muss die Bundesregierung einen Riegel vorschieben. Doch von Frau Merkel ist weit und breit nichts zu hören. Es ist zu befürchten, dass sie Europa bereits aufgegeben hat und es ihr deshalb egal ist, ob dieses historische Projekt jeglichen Rückhalt bei den Menschen in den EU-Staaten verliert.“

(2367 Zeichen)